

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: H. Mosse, Haagenstein & Vogler, G. L. Daube,
Invalidentend. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerthmann,
Eberfeld M. Thienes, Greifswald G. Jüles, Halle v. S.
Joh. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothhaar, A. Steiner,
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heinr. Fischer. Kopenhagen Joh. F. Wolff & Co.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Rf. im Abendblatt und Reklamen 30 Rf.

Abend-Ausgabe.

an wöchentlich in klassischen Sprachen, Mathematik und andern schwer verdaulichen Fächern unterrichtet werden. Daß der Kultusminister einen solchen Versuch hinderte, wird jeder Sachkundige billigen. Die Zahl der Unterrichtsstunden — so sagte der Abgeordnete Stöcker sehr richtig — ist unerhört und würde den weiblichen Organismus vernichten! Die Frau geht in der That dabei körperlich zu Grunde. Ihr Nervensystem ist den geistigen Anstrengungen des Studiums nicht gewachsen. Die Beispiele begabter Frauen, z. B. das von Frau Dr. Kempin und andern beweisen das; sie sind der Geisteszerüttung anheimgefallen. Schon aus gesundheitlichen Gründen von daher die Ablehnung gerechtfertigt. Noch mehr ins Gewicht fallen politische Erwägungen.

Die Stadt Breslau setzte voraus, daß die Besucherinnen der Anstalt mit der beständigen Nießerführung die Berechtigung zum Universitätsstudium erhalten würden. Dieses Zugeständniß wäre nicht nur ein Eingriff in die Verfassung der Universitäten gewesen, sondern hätte auch bedeutende Folgen nach sich gezogen, die in einschablonenmäßiger Gleichstellung von Männern und Frauen bei Staatskantsen z. gipfeln würden. Die Frauen in dieser Weise zu Konkurrentinnen der Männer zu machen, ist aber unvernünftig. Der Wettbewerb zwischen Mann und Frau beruht auf verschiedenen Grinlagen. So hat beispielsweise der Mann der allgemeinen Wehrpflicht zu genügen, nicht aber die Frau. Der Schöpfer selbst hat hier weise eine Grenze errichtet, indem er der Frau einen andern Wirkungskreis zuwies. Die Frau soll dem Manne keine Konkurrentin, sondern eine Gehüfin sein. Goethe läßt im Wilhelm Meisters der Vorhario den Klagen über die angebliche Zurücksetzung des weiblichen Geschlechts mit der Bemerkung entgegenreten, daß man es dem Manne nicht beragen könne, wenn er die Frau an die höchste Stelle setze, die sie einzunehmen fähig sei, und daß keine höfser sei als das Regiment des Panjes. Um tüchtige Panzfrauen zu werden, genügen aber die bestehenden Schulen vollständig. Da, wo die Frau ihren natürlichen Beruf im Hause als Gattin und Mutter nicht erfüllen kann, ist die Regierung stets bemüht gewesen, ihr eine weitere Erwerbsthätigkeit auch in gelehrten Berufszeigen zu schaffen. Wiederholt sind Mädchen zum Abiturenten-Examen zugelassen und auch zum Doktor promovirt worden. Doch das sind Ausnahmen. Die Frauen mögen in mancher Beziehung ebenso begabt sein, wie Männer, in ihnen überlesen sich aber keine

Die Männen ja ihnen überlegen sein, aber in Großen und Ganzen wird die Frau in ihren geistigen Leistungen dem Manne nicht gleichkommen können. In den seltensten Fällen ist sie im Stande, den Geist der Wissenschaften in demselben Maße zu erfassen, wie der Mann. Die Erfahrung hat dies in Vändern, wo es Mädchen-Gymnasien giebt, bestätigt. In Amerika haben die Mädchen-Gymnasien nicht die wissenschaftliche Bildung der Bejügerinnen gefördert, sondern die der Knaben herabgerückt. Man hat die Ansprüche an die männliche Jugend verringern müssen, um den Mädchen das Mitkommen zu ermöglichen. Ähnliche Wahrnehmungen sind anderswo gemacht. Der einzig positive Erfolg der Mädchen-Gymnasien ist die Vermehrung des sittlichen und geistigen Proletariats. Unter solchen Umständen darf die Stellung der Regierung und Volksvertretung zu den Mädchen-Gymnasien auf den Beifall der einsichtigen Kreise der Bevölkerung rechnen. Daß die Vertreter des Frauen-Emanzipation auf einem andern Standpunkt stehen, kann nicht Wunder nehmen. Durch ihre übertriebenen Forderungen haben sie der Durchführung der berechtigten bisher nur Kinder-

Staatliche Arbeiter-Wohnungen.

Die wenig die immer wieder auftauchenden Anklagen über den Stillstand in der staatlichen Sozialreform berechtigt sind, ergibt sich unter anderem aus dem Gesetzentwurf über „die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten“. Zu diesem Zwecke sind zum ersten Male im Jahre 1895 fünf Millionen Mark gefordert worden. Damals handelte es sich um einen Versuch, der, wie die Erfahrungsmen erwiesen hat, befriedigend verliefen.

igl. Musikdirektor Georg Bierling und Geh. Oberregierungsath Grich Müller vom Kultusministerium. Diese Kommission giebt jetzt die näheren Bedingungen des Wettstreites bekannt.

Es können nur solche Männergesangsvereine des deutschen Reiches, welche mit mindestens hundert Sängern sich an dem Wettstreit betheiligen, zu dem Wetttagen zugelassen werden. Sänger von Beruf sind ausgeschlossen, ebenso Vereinsmitglieder, welche weiter als 15 Kilometer vom Orte ihres Vereins wohnen, es sei denn, daß solche Sänger dem betreffenden Vereine zur Zeit der Ummelbung mindestens zwei Jahre angehören. Die am Orte des Wetttagens bestehenden Vereine und Sänger können an dem Wetttag nicht theilnehmen. Bei der Meldung zur Theilnahme an dem Wettstreit sind die Mitglieder.

welche an m Wettſingen theilnehmen wollen, mit Namen und Wohnort aufzuführen. Nur ſolche Mitglieber, welche dem Vereine zur Zeit der Anmeldung aktiv angehören, können zugelassen werden. Das Wettſingen beginnt mit einem zu dieſem Zwecke komponirten längeren Sonworte; dieſes wird den zugelassenen Vereinen ſechs Wochen vor dem Wettſingen in Partitur und Stimmen zugetheilt. Daran ſchließt ſich der Vortrag eines Liebes im Volkſton, welches den Vereinen eine Stunde vor ihrem Auftreten in Partitur und Stimmen übergeben wird. Beide Gefänge ſind a capella-Chöre und enthalten keine Soli. Ein dritter Geſang iſt der freien Wahl eines jeden Vereines überlaſſen, nur muß derſelbe ebenfalls ohne Instrumentalbegleitung ſein, darf keine Soli enthalten und die Dauer von zehn Minuten nicht überſchreiten. Ausgeſchloſſen iſt hierbei auch ein Sonwert, mit welchem der betreffende Verein bei früheren Wettſtreiten einen Preis errungen hat. Der Wanderpreis beſteht in einem Meind aus edlem Metalle und ſoll während der Zeit des Beſizes von dem Vorſitzenden des betreffenden Vereins bei feſtlichen Gelegenheiten um den Hals getragen werden. Ein dreimaliger Sieg, wenn auch nicht hintereinanderfolgend, bringt das Meind in den dauernden Beſitz des Vereins; andernfalls wird bei der Abgabe der Name des Vereins mit der Jahreszahl auf dem Meind vermerkt. Das Preisrichter-Ami wird von neun hervorragenden Muſikern ausgeübt, welche vom Kaiſer ernannt werden. Die Preisvertheilung ſelbſt erfolgt in einem feierlichen Akte, der eine feſtliche Vereinigung aller theilnehmenden Vereine folgt. Im Ganzen werden für das Wettſingen und die damit verbundenen Feſtlichkeiten zwei Tage in Ausſicht genommen. Die Vorſtände der Geſangvereine werden erſucht, ihre Theilnehmung bei dem Vorſitzenden der Kommiſſion, Grafen v. Vohberg, bis 1. Dezember 1898 einzureichen.

stiefmütterlich behandelten Gewerben. Wir werden demnach Handelsverträgen, welche auf Kosten der Landwirtschaft einzelnen Exportindustrien Vorteile zuwenden, keinesfalls unsere Zustimmung geben. Wir werden darauf dringen, das Handwerk und Kleingewerbe kräftiger als bisher gegen großkapitalistische Auswüchse und undensche Verletzung von Ehren und Glauben im Geschäftverkehr geschützt werden. Wir erwarten jedoch nur von dem Zusammenwirken aller wirtschaftlichen Faktoren eine erfolgreiche Förderung des Schutzes der nationalen Arbeit und der einzelnen Erwerbsgruppen. Wir bekämpfen demagogische Untriebe jeder Art, welche darauf hinarbeiten, die Gesinnung weiter Kreise unseres Volkes durch Lug und Trug in Wort und Schrift irre zu leiten und zu vergiften. Wir erachten es als eine Hauptaufgabe der nationalen Politik, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie in aller Schärfe geführt werde und fordern, daß dem Treiben gewerbsmäßiger Agitatoren, die jede göttliche und weltliche Autorität untergraben und auf die Zerstörung der christlichen Gesinnung im Volke hinarbeiten, durch weiteren Ausbau der Gesetzgebung im Sinne der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881 sowie durch energische Handhabung staatlicher Machtmittel entgegengetreten werde."

— Nach einem Telegramm aus Newyork soll von der nordamerikanischen Regierung angeordnet worden sein, die deutschen Schiffe scharfer auf Kriegskontrollen zu untersuchen, als die Schiffe der übrigen neutralen Staaten. Die „Post“ kann dem gegenüber bemerken, daß von keiner fernen Verfügung Amerikas, die eine Brückung Deutschlands in sich schließen würde, hier an Stellen, die zuerst darüber unterrichtet sein müßten, gar nichts bekannt ist. In die gleiche Klasse, wie diese Nachricht, gehört eine gestern von mehreren Blättern verbreitete Angabe, in der es hieß, daß Deutschland und Frankreich gleichzeitig Protest gegen eine Erwerbung der Philippinen eingelegt hätten, da Cuba der einzige casus belli sei. Von einem solchen Protest weiß man hier ebenso wenig etwas, wie von einer verschärften Anordnung Amerikas den deutschen Schiffen gegenüber.

— Im englischen Unterhause fragte gestern Abg. Hedderwick an, ob das Gerücht begründet sei, daß die Regierung eine Abtretung Sanfobars an Deutschland erwäge. Der erste Lord des Schatzes, Walsour, erwidert, er habe von diesem Gerücht keine Kenntniß; er müsse jedoch gestehen, dasselbe sei sehr albern. Der erste Lord der Admiraltät, Goshen, erklärt, vor einiger Zeit sei seitens Englands das Kriegsschiff „*Miner*“ nach Manila geschickt worden, später habe die „*Immortalité*“ Ordre erhalten, nach Manila in See zu gehen. Zum Schutze der englischen Interessen und zur Durchführung der Neutralitäts-Bestimmungen in den kubanischen Gewässern seien alle Anordnungen getroffen. Nach den kanarischen Inseln werde ein Kriegsschiff geschickt. Seine, des Ministers, Aufmerksamkeit sei selbstredend auf die Zahl der Neubauten von Kriegsschiffen seitens der Seemächte gerichtet. Soweit ihm bekannt, hätte, seitdem er seine Vorgesandtschaft untertreit, keine Aenderung in den Plänen Frankreichs und Deutschlands stattgefunden. Rußland beabsichtige, wie gemeldet, eine außerordentliche Aufwendung; es sei aber ungewiß, welcher Betrag auf das, was man Neubauten nennen könne, verwandt werden solle. Was die Frage betreffe, ob er einen Nachtragsgeld credit fordern werde, so sei es etwas ganz Ungewöhnliches hinsichtlich der Möglichkeit der Wahrscheinlichkeit, eines diesbezüglichen Schrittes so bald schon nach Beginn des Finanzjahres eine Erklärung abzugeben.

— Die Aufhebungen in Italien aus Anlaß der Steigerung der Brodpreise breiten sich immer mehr aus, so daß die Bewegung das ganze Land zu ergreifen droht. Bezeichnend ist, daß der Ministerrath bereits die Ermächtigung zur eventuellen Einberufung einer Jahresklasse der Reserve ertheilt hat. Wenn hinzugefügt wird, man habe dafür, daß die Nothwendigkeit zu einer solchen Einberufung nicht eintreten werde, so liegen doch schon aus so zahlreichen Provinzen Meldungen über Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht vor, daß Besorgnisse wohl gerechtfertigt erscheinen. Der Ministerrath hat denn auch die nöthigen Maßnahmen im Interesse der öffentlichen Sicherheit und der Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen. Dadurch konnte aber nicht verhindert werden, daß in Piacenza aus Anlaß der Brodvertheuerung Ansammlungen stattfanden, und es dann zu einem Zusammentreffen der Bevölkerung mit den Soldaten kam, von denen eine größere Anzahl verwundet wurde. Anderweit erfolgten auch viele Verhaftungen.

In Frankreich macht sich derselbe Nothstand geltend wie in Italien. Der Vorstand des

Pariser Getreidehaars trat zusammen, um geeignete Maßnahmen für den Fall zu treffen, daß die Broddpreise zu steigen fortfahren, und die Regierung sich weigern sollte, die Kornzölle aufzuheben. Gleichzeitig mit dieser Nachricht, die einen nahen Konflikt zwischen dem „kleinen Parlament“ und dem Ackerbauminister Meunier ahnen läßt, wird eine Statistik der Kornzufuhr aus Amerika veröffentlicht, woraus man ersieht, daß die Vorräte seit dem Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges in weniger reichlichem Maße erneuert worden sind, als zuvor. Vom 1. als zum 20. April wurden 1081470 Doppel-Zentner, vom 20. bis 30. April nur 274035 Doppel-Zentner eingeführt, also verhältnismäßig nur halb so viel, wie in den zwei ersten Dekaden des Monats.

— Nach dem Aufhören der Kinderpest beabsichtigte die Siedelungs-Gesellschaft für Südwestafrika, schnellwüchsige Fleischviehherden einzuführen, um den Verlust an verfügbarem Schlachtvieh zu ersetzen. Obwohl nun die Verhandlungen mit holländischen Viehzüchtern, betreffend die Versendung von Zuchtbullen, ein günstiges Ergebniß hatten, hat man doch wieder von der Ausdehnung ehlen Viehes Abstand genommen, da die Gefahr der Kinderpest nach antilgen Nachrichten dort noch nicht ganz vorüber ist. Dagegen hat die Gesellschaft die Zebung der Kleinviehzucht ins Auge gefaßt. Es sind durch Vermittlung des Nittergutsbesizers von Switz auf Nigen, der seit Jahren nach Südafrika liefert, eine größere Zahl von Mutterkühen und einige Böcke expedirt. Eigentliche Wollzucht lohnt bei den jetzigen Wollpreisen und der Höhe der Frachtküße in den östlichen Gebieten noch nicht; es kämen bestenfalls die eigenen

Unkosten heraus. Da es aber nur eine Frage der Zeit sein kann, daß bessere Verhältnisse eintreten, ist die Züchtung von Wollschafen im Auge behalten, um gegebenenfalls rechtzeitig damit beginnen zu können. Ein Versuch war also wohl angezeigt, und es ist ein Verdienst der Sieblungs-gesellschaft, daß sie auch diesen Verhältnissen ihre Aufmerksamkeit zuwendet. Da rationelle Züchtung und Haltung von Ziegen Erfolg versprechen, sind auf Ansuchen des Vereins deutscher Ziegen-züchter und des Kommerzienraths Ulrich-Pfingststadt drei Saanhaler Ziegenböde hinübergeschafft, nachdem bisher Versuche mit Zubringung fremden Blutes nur mit Angoras gemacht worden waren. Die Geselligkeit war bisher ziemlich vernachlässigt, obwohl Hühner, Puten, Perlhühner und Gänse ausgezeichnet gedeihen; es sind sieben Wölfe oder Racen hinausgeschickt, die Konkrete Dr. Wankle auf Empfehlung des Vereins deutscher Geselligkeitszüchter ausgesandt hat. Es sind dies die Racen La Fleche, Minorka, Langshan, gelbe Rhodantes. Auch sonst noch hat die Sieblungs-gesellschaft diesem Zweige ihrer Thätigkeit noch bedeutende Aufmerksamkeit gewidmet. Solche ansehnliche Kleinigkeiten können bei einer späte-ren Besiedelung von arabischer Wichtigkeit werden.

Oesterreich-Ungarn.

Die neuesten Prager Straßengeceffe bildeten gestern im österreichischen Abgeordnetenhanse den Gegenstand einer deutschen Interpellation und einer Erwiderung des Grafen Thun. Telegraphisch wird darüber gemeldet:

Ministerpräsident Graf Thun beantwortet die Interpellation Funke betreffend die Prager Ereignisse vom 24. April. Er erklärt, daß an dem genannten Tage einzelne bedauerenswerthe Ausschreitungen auch gegen Angehörige der deutschen Nationalität vorgekommen seien, den betreffenden Ausschreitungen habe aber nicht, wie einzelne Blätter behaupten, ursprünglich ein nationales Moment zu Grunde gelegen. Der Ministerpräsident giebt eine Schilderung der Vorfälle und weist darauf hin, daß außer vier Scheiben des Restaurants „Deutsches Haus“ an diesem Tage keine Eigentumsbeschädigung vorgekommen und außer einem thätlich angegriffenen, aber nicht verletzten Studenten auch keine weitere Begehung vorgekommen sei, obgleich an diesem Sonntage in Prag ein Bummel von 120 Auslandsstudenten stattfand. Die Polizei sei strengstens angewiesen, die farbentragenden Studenten gegen etwaige feindliche Angriffe zu schützen. Die gegen die Behörden erhobenen Vorwürfe seien ungerechtfertigt. Mit Rücksicht auf die dem Ministerpräsidenten persönlich bekannten Dienstfahnen-eigenschaften des Statthalters v. Coudenhove weist der Ministerpräsident entschieden die gegen den Statthalter erhobenen Vorwürfe der Dienstverfehlung als eine die Beamtenehre dieses Funktionärs schwer verletzende Beschuldigung zurück. Die Regierung verurtheilt thätigstens die Störungen der Ruhe und Ordnung, welche traurige Begleitererscheinungen des beiderseitig geschürten NationalhasseS und nationaler Unabläßbarkeit seien, und erachtet sich für verpflichtet, jede Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit und des Eigentums, wie Behinderung der Ausübung staatsbürgerlicher Rechte hintanzufallen, und er werde auch der deutschen Bevölkerung Brags den behördlichen Schutz angedeihen lassen. Die vom Statthalter beantragte namhafte Vermehrung der Prager Sicherheitswache beschäftigte die Regierung eingehend. — Abgeordneter Groß beantragt die Eröffnung der Debatte über diese Interpellationsbeantwortung. Der Antrag wird mit 126 gegen 33 Stimmen abgelehnt. Das Haus geht zur Tagesordnung, Fortsetzung der Debatte über die Sprachenanträge über.

In der darauf folgenden Sprachendebatte gab Baron Dipauli die Erklärung ab, die katholische Volkspartei habe ihren Standpunkt dahin geändert, daß auch sie die Aufhebung der Sprachenverordnungen fordere. Damit stellt sich die katholische Volkspartei völlig auf den Standpunkt der deutschen Opposition, und die Majorität der Regierung ist gesprengt.

Wien, 3. Mai. Ministerpräsident Graf Thun erklärte heute einem fortgeschrittenen Abgeordneten, er werde die Sprachenerrasse nicht aufheben, ehe nicht eine Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen erfolgt ist.

Franfreich.

Paris, 3. Mai. Der oberste Landwirthschafts-rath hat sich für Aufhebung der Getreide-zölle bis zum 1. Juli d. F. ausgesprochen. — Der Ministerrath hat heute beschlossen, die Eingangszölle auf Getreide vom 4. d. M. bis zum 30. Juni einfachstecklich aufzuheben. Nach Ablauf dieser Zeit werden 7 Franks Eingangszoll für Getreide erhoben. Das entsprechende Dekret wird morgen veröffentlicht werden.

Asien.

Ueber den in Peking verstorbenen Prinzen
Kung bringt die „Nordb. Allg. Ztg.“ folgende
lebensgeschichtlichen Daten:

Der Verstorbene, der ein Alter von 65 Jahren erreicht hat (geb. 11. Januar 1833), war ein Bruder des Kaisers Hienfong. Politisch trat er zuerst im Jahre 1860 bei dem damaligen Konflikt mit Frankreich und England hervor und erwies sich als europafreundlich, indem er verschiedene Konstellationen an Europa befristete. 1861 ward Kung zum Minister des Auswärtigen ernannt und dann, nach dem Tode Hienfongs, zum Regenten für den unmündigen Njessien Hienfong, Thungtschi, bestellt. Die Absichten der altchinesischen Partei, den jungen Kaiser auf ihre Seite zu bekommen, vereitelte Kung durch einen Gewaltstreik, die Hinrichtung der Parteihäupter. Bei der späteren Unterdrückung des Taiping-Aufstandes fand Kung die Hilfe der Franzosen und Engländer, einen Dienst, den er mit Einführung gewisser Reformen und mit religiöser Duldung beantwortete. Mehrfach fiel Kung in Ungnade und wurde seiner Würden beraubt. Er gelangte aber wieder zu Ehren und bekleidete bis 1887 abermals das Amt des Regenten. Seit 1894 war Prinz Kung Präsident des Thungli-hamen geseien.²

Arbeiterbewegung.

In Eilenburg haben die Ziegeleiarbeiter die Arbeit eingestellt, sie verlangen eine Lohn-
erhöhung von 75 Pf. auf das Tausend Steine.
— In Brandenburg a. d. Havel haben die

handelte es sich um einen Versuch, der, wie die Erfahrung erwiesen hat, befriedigend verlaufen

fit. Aus dem vor drei Jahren bewilligten Summen sind Miethswohnhäuser errichtet und Darlehen an Baugenossenschaften gewährt worden. Bei der Eisenbahnverwaltung sind insgesamt 812 Wohnungen hergestellt oder im Bau begriffen, und zwar 277 vierzimmerige, 363 dreizimmerige und 172 zweizimmerige. Bei der Bergverwaltung sind bis jetzt im Ganzen 32 Häuser mit zusammen 106 Wohnungen theils fertiggestellt, theils im Angriff genommen. Auch die staatliche Bauverwaltung hat angefangen, den dargebotenen Kredit zur Besserung der Arbeiter-Wohnverhältnisse nutzbar zu machen. Als Darlehen an eine Baugenossenschaft sollen demnächst 250 000 Mark bewilligt werden. Damit ist aber auch der fünf Millionen-Fonds aus dem Jahre 1895 verzehrt. In Folge dessen wird von der preussischen Staatsregierung beim Landtage ein neuer Kredit von fünf Millionen nachgesucht, gegen dessen Bewilligung sich kaum etwas einwenden läßt, da die Aufwendungen durch die Miethgelder sich angemessen verginsen. Die Thatfache einer solchen Verwendung staatlicher Mittel verdient umso lebhafter begünstigt zu werden, als es neuerdings in gewissen Kreisen üblich geworden ist, der Staatsregierung vorzuwerfen, daß sie nichts für die Arbeiter auf sozialpolitischem Gebiete zu thun willens sei.

Der kaiser hat, wie erinnert, am 27. Januar 1895 einen Wanderpreis für deutsche Männergesangsvereine gestiftet. Der Wettbewerb soll im Sommer 1899 (wahrscheinlich im Juni) zum ersten Male stattfinden, und zwar in Kassel. Die Kommission, welche auf Befehl des Kaisers mit der Vorbereitung und Ausführung der kaiserlichen Bestimmungen betraut ist, besteht aus dem Grafen v. Hochberg als Vorsitzenden, den Professoren Albert Becker, S. v. Verzenberg und C. Bierling, Hofmusikinstrumentalhändler Hugo Bod-

Deutschland.

Berlin, 4. Mai. Der Kaiser hat unter dem 30. April in Folge des spanisch-amerikanischen Krieges den Grafen v. Goeken, Premier-Lieutenant vom 3. Garde-Mauern-Regiment, kommandirt zur Dienstleistung bei dem großen Generalstabe, auf sechs Monate der Votschaft in Washington zugetheilt. Graf Goeken, der bekannte Afrikaforscher, war früher bereits der Votschaft in Washington beigegeben; er wird unverzüglich nach dem Kriegesausplatz abreisen.

— Die Bringen Heinrich XXXI. Reuß und Hermann Stolberg-Bernigerode sind aus der Armee ausgeschieden. Sie werden sich ganz dem diplomatischen Dienst widmen.

— In dem soeben veröffentlichten Wahlaufsatz der konservativen Partei heißt es: „Die deutsche konservative Partei stellt die Erhaltung, Erhaltung und Kräftigung der christlichen Lebensanschauung an die Spitze ihrer Aufgaben. Trennung der Verfassung und unter gleichmäßiger Hochhaltung der Kronekreise wie der persönlichen Freiheit tritt sie nach wie vor für die volle Wehrkraft des Volkes zu Lande und zu Wasser ein und steht in derselben eine unerlässliche Bedingung für die deutsche Wachstums- und für die Erhaltung des Friedens in ganz Europa. Wir wollen, daß die deutsche Politik nach Außen wie im Innern eine durch und durch nationale sei. Darum erstreben wir einen kräftigeren Schutz der nationalen Arbeit ohne Bevorzugung einzelner Erwerbsgruppen, aber unter besserer Berücksichtigung von bisher

